

Rechte Kapitalismuskritik in Deutschland

von Benedikt Kaiser

Die politische Linke ist in Aufruhr: Rechte Akteure hätten im Zuge der perpetuierten Krise der kapitalistischen Gesellschaften (Massenmigration, Währungskrise, Jugendarbeitslosigkeit, Explosion der Ungleichheit, um nur einige zu nennen) die Kapitalismuskritik für sich entdeckt, heißt es. Sogar die traditionsreiche marxistische Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften *Das Argument* gewährt einer Abhandlung über Querfrontbestrebungen und rechten Antikapitalismus immerhin fünfzehn Textseiten, die ansonsten für verzweigte Marx- und Gramsci-Forschungen reserviert sind.

Aber auch auf der politischen Rechten herrscht Unruhe; neben Zustimmung zu einer sozialorientierten Neujustierung politischer Theorie und Praxis (insbesondere unter jüngeren Neurechten) herrscht diffuses Unbehagen (insbesondere im demographischen Mittelbau). Die Skeptiker argumentieren ganz unterschiedlich. Die gefährlichsten unter ihnen sind jene, die höhnen, »Neoliberalismus« als Bezeichnung für den Zustand der kapitalistischen Welt sei eine linke Kampfformel ohne Realitätsbindung – ein Beweis für Philip Mirowskis These, wonach der Neoliberalismus als »ideologiefreie Ideologie« so stark im Alltagsbewußtsein verankert sei, daß man *alles* durch eine neoliberale Brille betrachte. Hinter diesem Schleier wird es unmöglich zu verstehen, daß der Neoliberalismus gerade *nicht* den klassisch liberalen Nachtwächterstaat als Leitbild hegt, gerade *nicht* die Abschaffung des Staates fordert wie radikale Libertäre, sondern daß der Neoliberalismus den Staat zum ausführenden Organ des Marktes degradiert und entsprechend rück- und umbaut, um eine Welt nach den Ideen eines Milton Friedman oder aber, am Ende des neoliberalen Ideenspektrums angelangt, eines Friedrich von Hayek zu konstruieren.

Wiederum andere lehnen Kapitalismuskritik schon deshalb ab, weil sie »klassisch links« sei, unterliegen also Denkblockaden, die eine fundierte Debatte verhindern und an antifaschistische Verhaltensmuster erinnern. »Kapitalismuskritik von rechts« ist aber kein Phänomen der Gegenwart. Die rechte Kritik am Kapitalismus und seiner bürgerlichen Gesellschaft setzte bereits ein, als die Verhältnisse zur Proletarisierung der Gesellschaft, also zum Wachstum des Anteils der Lohnarbeiter in der Bevölkerung drängten. Die Kritik kam von verantwortungsbewußten, vornehmlich preußischen Konservativen, die das Verdampfen alles Ständischen und den Einbruch des »englischen«, auf Profit und rasantes Wachstum ausgerichteten Wirtschaftens konstatieren mußten. Karl Rodbertus (1805–1975) ist exemplarisch anzuführen: Der Rittergutsbesitzer und spätere Nationalversammlungsabgeordnete von 1848 kritisierte in diesem Sinne die liberale Konkurrenzideologie, forderte gerechte Löhne, Machtbeteiligung der Arbeiterschaft und argumentierte – bei grundsätzlicher Treue zur Krone – preußisch-sozial.

»Allgemein ist bekannt, dass es bei dem Neoliberalismus auch und zuvor-derst um etwas ganz anderes geht, nämlich um tiefe, praktische Eingriffe in die Psyche des Menschen. Damit die Märkte ihren »spontanen«, »natürlichen« Zustand erreichen konnten, mussten die Individuen diszipliniert und neu modelliert werden. Das neoliberale Leben ist ein Spielbrett, auf dem jeder für sich einen Platz unter der Bedingung finden kann, er optimiere sein Profil je nach fluktuierenden Erfordernissen, mache sich beugsam (die eigentliche Bedeutung von »flexibel«) und risikobereit. Verlierer verdienen keine Gnade, ihr Versagen haben sie selbst verschuldet.«

Guillaume Paoli: *Die lange Nacht der Metamorphose*, S. 31.

Im konservativen Milieu hervorzuheben ist zudem, mit gleicher Stoßrichtung wie Rodbertus, der Verein für Socialpolitik, der 1873 gegründet wurde, mithin zwei Jahre nach der temporären Lösung der nationalen Frage, die bis dato aufgrund der feudalen Kleinstaaterei der deutschen Länder die soziale überschattete. Der antreibende Akteur des Vereins war neben dem monarchistischen Sozialkonservativen Gustav Schmoller (1838–1917) vor allem Adolph Wagner (1835–1917). Die weltanschauliche Ausrichtung des Universitätsprofessors der Finanzwissenschaft und Politischen Ökonomie basierte auf einem skeptischen Menschenbild, das der virulenten britisch-liberalen Auffassung des Menschen als einem eigentumsfixierten, egoistischen Wesen widersprach und zugleich der Linken entgegenhielt, daß der Mensch nicht beliebig formbar sei. Wagner sah den Menschen als gesellige, seiner anthropologischen Verfaßtheit nach unveränderliche Konstante der Geschichte. Sein zentrales Motiv war die Feststellung, daß das demographische wie ökonomische Wachstum der Gesellschaft dazu führe, daß es eine zunehmende Anzahl an Gemeinschaftsaufgaben gebe, die durch die kapitalistische Privatwirtschaft nur unzureichend gelöst werden könne. Wagner plädierte für eine staatliche Planung und Lenkung in den Bereichen Bergbau, Forst, Post, Geldsystem, Banken- und Versicherungswesen, Sozialfürsorge und Rechtsschutz, schließlich im Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungswesen. Die Zeitschrift *Der Staats-Socialist* (ab 1879) war seine Ideenplattform, zwischen 1882 und 1889 war er Mitglied im preußischen Abgeordnetenhaus. Der konservative »Staatssozialismus« Wagners fand auf der Rechten einige Jahrzehnte später Resonanz unter anderem bei Wichard von Moellendorf (1881–1937) und Werner Sombart (1863–1941). Sombart kam aus dem sozialistischen Lager, wanderte schrittweise nach rechts und erarbeitete auf Basis eines an Wagner erinnernden Menschenbildes die Konturen seines »Deutschen Sozialismus«, den er 1934 vorlegte.

Aber noch einmal Wagner: Seine Wirkungszeit waren die 1880er Jahre, das Jahrzehnt, in das Bismarcks Sozialgesetzgebung fällt, die bis heute, mit einigem Recht, als vorbildhaft angesehen wird. Sie ist indes im Kontext der erstarkenden Arbeiterbewegung zu sehen, die auch durch das Sozialistengesetz 1878 nicht zerschlagen werden konnte. Henning Eichberg sprach bezüglich Bismarcks ausgleichender Sozialpolitik von einer »pragmatischen, autoritären und die bestehenden Verhältnisse zementierenden Mischung aus Schutzzoll, Interessengemeinschaft von Schwerindustrie und Großgrundbesitz, Zuckerbrot und Peitsche für die Arbeiterklasse«, während Bismarcks zeitweiliger Mitarbeiter Hermann Wagener (1815–1889) mit seinen Ideen vom zukunftssträchtigen Bündnis zwischen Krone und Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ähnliche Ansätze wie Charles Maurras in Frankreich verfocht, aber bei eben jenem Bismarck auf taube Ohren stieß. Ein Jahr vor Wagners Tod schien aber kurzzeitig praktische Bewegung in diese theoretische Synthese zu geraten: Der junge Wilhelm II., interessiert an moderner Technik wie an der sozialen Frage, wurde Kaiser. Die Hoffnungen einiger damaliger »National-Sozialer« – von Friedrich Naumann (1860–1919) bis Theobald Ziegler (1846–1918) – auf den über den Klassen stehenden monarchischen Sozialstaat wuchsen, wurden aber rasch enttäuscht.

Die rechten Kapitalismuseegner im Kaiserreich scheiterten letztendlich am wilhelminischen Klassenstaat wie am Fehlen eigener Resonanzräume: Die Arbeiterbewegung fremdelte mit jenen Köpfen, die im Regelfall aus bürgerlichen Verhältnissen stammten, und viele Status-quo-Konservative versagten aus inhaltlichen wie strategischen Motiven ihre Unterstützung. Nicht wenige befürchteten, daß über rechte preußische »Staatssozialisten«, die ein skeptisches, rechtes Menschenbild formulierten, und gerade deshalb etatistisch-soziale Konzepte favorisierten, der Einfall linker Ideenwelten drohe.

Erst durch die Erfahrungen in den Schützengraben des Ersten Weltkriegs und den Untergang des Kaiserreichs wurde eine fundamental neue Situation geschaffen: Standesdünkel wurden durch die Realität des gemeinsamen Kampfes zur albernen Haltung; Nationalismus und (militärische) Solidarität waren gerade bei der Frontkämpfergeneration positiv konnotiert, Liberalismus und Kapitalismus wurden hingegen als westlich und feindlich deklariert – man war durch die westliche Welt besiegt und mittels Versailles gedemütigt worden. Die nationale Frage erfuhr als Re-

»Rodbertus hat weniger auf die Genossenschaften sondern gleich Marx auf die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung Wert gelegt, die zwangsläufig der Sozialisierung entgegenreibe infolge der zunehmenden Kapitalkonzentration und der Bildung von Mammutaktiengesellschaften. Nur verordnete er als Konservativer anders als Marx den künftigen Sozialismus von oben her durch Gesetzgebungsakte der Krone, also das soziale oder sagen wir jetzt besser das sozialistische Königstum.«

Hans-Joachim Schoeps:
Üb' immer Treu und Redlichkeit, S. 92.

»Mit dem I. Weltkrieg brach die Fiktion, daß das nationale Gemeinschaftsinteresse mit dem Interesse der führenden Feudal- und Großbürgerschicht identisch sei, in sich zusammen. Damit ergab sich die Möglichkeit, daß auch bei der »Rechten« der soziale Gedanke von reformistischer in revolutionäre Qualität umschlug.«

Hartwig Singer (d.i. Henning Eichberg): *Sozialismus von »rechts«*, S. 12.

vanchebemühung eine Radikalisierung. Die Verelendung breiter Schichten im Zuge der Inflation sorgte dafür, daß sich die soziale Frage existentiell stellte. Beide Fragen wurden in der Folge – vor allem im national- und sozialrevolutionären Flügel der »Konservativen Revolution« nach Armin Mohler – immer wieder explosiv zusammengemischt. Das Ziel war die »totale Mobilmachung« des Volkes gegen den im Weltkrieg siegreichen »Westen«. Dessen einigendes Band war der Kapitalismus als Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, den die Konservativ-Revolutionären folgerichtig zum Feind erklärten, wenngleich dieser Feinderklärung, und das war ideenpolitisch zugleich ihr mittelfristiges Todesurteil, keine methodisch erarbeitete Gesellschaftsanalyse zugrunde lag, auf deren Basis man Schritt für Schritt ein kohärentes rechtes, nichtkapitalistisches und soziales Ideengebäude ohne Ausmordung »Anderer« (Juden, »Bürger« usw.) hätte errichten können.

»Der Widerstand gegen die kapitalistisch-universalistische Zertrümmerung der Alten Welt kommt hier nicht aus der Perspektive eines überbietenden Prozesses, sondern aus der Position eines »ewigen« oder elementaren Bestands, einer unzerstörbaren normativen Substanz. [...] Der Hauptgegner der konservativ-revolutionären Position sind die Mächte der bürgerlichen Welt, also Liberalismus, Individualismus und Kapitalismus.«

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel*, S. 62.

Ernst Jünger etwa nutzte antikapitalistische Metaphern und entsprechendes Vokabular, doch blieb seine Kapitalismuskritik antibürgerlich-habituell. Immerhin schied er seinen Nationalismus vom Patriotismus der bürgerlichen Reaktion und optierte offen für die Querfront der Antikapitalisten: Alle tatsächlichen revolutionären Kräfte innerhalb eines Landes verkörperten ungeachtet der ideologischen Antagonismen, so Jünger in einem Gastbeitrag für ein linkes Organ, unsichtbare Verbündete, da der gemeinsame Feind durch die bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse definiert sei.

Während bei der Gruppe um Jünger das Nationalrevolutionäre vor allem aus der Fronterfahrung rührte und das Sozialrevolutionär-Antikapitalistische meist mehrdeutig-nebulös formuliert wurde, agierten Autoren und Wissenschaftler um die (jung)konservativ-(national)revolutionäre Zeitschrift *Die Tat* fundierter. Auch ein Linksintellektueller wie Fritz Sternberg beschäftigte sich daher später ausführlich mit ökonomischen Standpunkten der *Tat*-Akteure. Sternberg honorierte die kapitalgegnerischen Abhandlungen, vor allem Ferdinand Frieds Schrift *Das Ende des Kapitalismus* (1931), und lobte dessen »ausgezeichnete Analyse«. Weiterhin attestierte er ihm hervorragendes »konkretes Anschauungsmaterial über die Verfallserscheinungen im Niedergang des Kapitalismus«. Beanstandet wurde aber, angesichts des Publikationsorts *Weltbühne* erwartbar, die rechte, also nationale Grundierung des Antikapitalismus um Fried, Carl Rothe, Giselher Wirsing, Ernst Wilhelm Eschmann und Hans Zehrer. Diese Personen bildeten zwischen 1929 und 1933 den Kern des »Tatkreises«. Die ideellen Inspiratoren hießen Werner Sombart und Carl Schmitt, das Ziel war eine soziale und nationale Neugliederung Deutschlands, und den Weg versuchte man mit General v. Schleicher und originären »linken« Nationalsozialisten um Otto und, jedenfalls temporär, Gregor Strasser zu gehen. *Die Tat* war dabei kein randständiges Sektiererblättchen, sondern eines der bedeutendsten politischen Organe der Weimarer Republik. Die Redaktion arbeitete systematisch an einem nichtmaterialistischen Antikapitalismus sowie am Ausbau eines generationsspezifischen rechtsintellektuellen Bewußtseins, aus dem heraus die konservativ-revolutionäre Transformation der bestehenden Verfassung gedacht wurde. Rückgrat der angestrebten konservativen und sozialen Revolution sollten abstiegsbedrohte Mittelschichten, aufstrebende Arbeiter und die Bauernschaft bilden; die Wirtschaft wäre korporativ-genossenschaftlich neu zu gliedern, wobei – ähnlich wie bei Adolph Wagner 60 Jahre früher – mindestens die Produktionsmittel, der Grund und Boden sowie die Banken in Staatshand überführt werden sollten, um die Grundversorgung gemeinschaftlich und ohne Profitmaximierung privater Akteure zu sichern.

»Erst einem Denken, das die Synthese zwischen beiden (rechts und links) bejaht und in sich vollzogen hat, sind jene Probleme zugänglich, die uns die Zukunft stellen wird und an denen die Gegenwart verzweifelt.«

Hans Zehrer: »Rechts oder Links?«, in: *Die Tat* (Oktober 1931), S. 505–559, hier 505.

Im Herbst 1932 erreichte man mit dieser die Rechts-links-Dichotomie aufhebenden Programmatik die Auflagenhöchstzahl von 30000. Die Entkopplung der heterogenen Gewerkschaftsbewegung von SPD, KPD und Co. war das realpolitische Primärziel der *Tat* als dem »Sammelplatz der jüngeren nationalen Bewegung« (Ernst Robert Curtius). In diesem Sinne zielten zahlreiche publizierte Überlegungen der Tatkreis-Protagonisten darauf ab, aktuelle Widersprüche in der vielfältigen Arbeiterbewegung zu analysieren und durch korporative Ideen Brücken nach links zu bauen. Der Historiker Axel Schildt wies darauf hin, daß die Avancen, die in Richtung der Gewerkschaften und anderer sozial orientierter Kreise

formuliert wurden, »durchaus ehrlich gemeint« gewesen seien, also keineswegs bloß Taktik und Demagogie folgten.

Authentisch antikapitalistisch und rechts zugleich war auch Ernst Niekisch. 1918 noch für die Revolution in München aktiv, eckte er zunehmend bei den linken Mitstreitern an, überwarf sich mit ihnen, später auch mit der nationalgesinnten »Alten Sozialdemokratischen Partei« (ASP) in Sachsen, um 1926 schließlich bis zu ihrem Verbot 1934 die monatlich erscheinende Zeitschrift *Widerstand* herauszugeben. Niekischs Synthese aus Sozialismus und Nationalismus läßt sich am äußeren linken Rand der rechten KR verorten, und die Weltanschauung der »Widerstandsbewegung« Niekischs ist treffend als ein »preußischer« (asketischer, etatistischer), nichtmarxistischer Sozialismus zusammengefaßt. Niekisch berief sich bei der Ausarbeitung seiner antikapitalistischen Idee von rechts ideenpolitisch zugleich auf Arthur Moeller van den Bruck und Ernst Jünger wie auf Karl Marx und den Komintern-Kader Karl Radek. Davon, daß seine Ideen eines Tages ein fulminantes Comeback erleben würden, zeigte sich nicht zuletzt Sebastian Haffner überzeugt.

Von Niekisch gibt es, entgegen anderslautender Diffamierungen, keinen einfachen weltanschaulichen Übergang zum Nationalsozialismus Hitlerscher Prägung. Im Gegenteil: Als Kopf seiner Widerstandsbewegung und bekannter Ideologe der Annäherung an die Sowjetunion wurde der streitbare »linke Rechte« in ein Konzentrationslager gesperrt und erst 1945 befreit.

»Das antikapitalistische Gefühl unserer deutschen Jugend ist gesund [...]. Auf der Seite des Kapitalismus steht in Deutschland heute nur noch, was karrieresüchtig, was unterwertig, was moralisch angefault oder – bestenfalls – verkalkt ist. Wo ein Prophet des Kapitalismus auftaucht, tut man gut, auf der Hut zu sein; man kommt in verderbte Gesellschaft.«

Ernst Niekisch: »Die Leiche im Haus«, in: ders. *Widerstand*, S. 66–74, hier S. 73.



Gewiß: Der Nationalsozialismus der Hitlers, Görings und Rosenbergs kokettierte mit sozialem und antibürgerlichem Vokabular, er vertrat klassenkompromißlerische Standpunkte im Zeichen einer auch im Wirtschaftlichen strikt hierarchisch gegliederten Volksgemeinschaft, er propagierte die Hebung des materiellen Niveaus aller Schichten im Zeichen der Deutschen Arbeitsfront und er steigerte »staatskapitalistische« Unternehmungen; dezidiert antikapitalistisch war er nicht. Der adlige Großgrundbesitz beispielsweise oder auch die starke politische Gestaltungsmacht der finanzindustriellen Familiendynastien – allesamt im Visier der sozialorientierten Konservativen Revolutionäre – standen nie zur Disposition. Der Kapitalismus sollte vor allem rassistisch »gesäubert« und national gezügelt werden. Die hitleristisch-völkische Bewertung des Kapitalismus vernebelt sein komplex-flexibles Wesen, sie verschiebt die »Ursache der kapitalistischen Antagonismen auf einen (pseudo-)konkreten, von außen eindringenden (rassistisch) Anderen und erweckt so die Phantasievorstellung, man müsse diesen Anderen nur loswerden«, wie Slavoj Žižek zusammenfaßte.

»Erfolge, bei seinen (Strassers) Versuchen, wieder politisch Fuß zu fassen, waren ihm allerdings nicht mehr vergönnt. Der Exilant hatte womöglich verkannt, dass sich die politische Mentalität durch die Niederlage von 1945 grundlegend geändert hatte. Die Politik richtete sich nämlich zunehmend nach den Interessen des internationalen Kapitals aus. Zudem setzte sich im geistigen Überbau Deutschlands eine linksgerichtete Dominanz fest, die bis in heutige Tage nicht ernsthaft angefochten wurde und offenbar hervorragend mit den internationalen Kapitalinteressen harmoniert.«

Claus-Martin Wolfschlag:
Nachwort, in: *Otto Strasser: Aufbau des deutschen Sozialismus*, Hanau 2013, S. 145–160, hier 150.

Innerhalb des nationalsozialistischen Sammelbeckens war es indes eine – vor 1933 aus der Partei ausgetretene und ab 1933 brutal verfolgte – Minderheit, die die »national-sozialistische« Terminologie ernst nahm und von rechts her die »antikapitalistische Sehnsucht des deutschen Volkes« (Gregor Strasser) bedienen wollte. Ihr Wortführer war bald Otto Strasser, dessen »Schwarze Front« zeitweise ebenso mit KR-Gruppen um Niekisch und Jünger kooperierte wie mit national aufgeschlossenen Linken. Die Programmklärung »Die Sozialisten verlassen die NSDAP« vom Juli 1930 enthielt einige für die Rechte jener Zeit bahnbrechende wie einmalige Ansätze, doch fällt auf, daß weder in dieser Erklärung noch in den Schriften Strassers selbst eine anspruchsvolle und die Zeiten überdauernde Theoriearbeit geleistet wurde; häufig blieb es bei oberflächlichen und zum Teil in sich widersprüchlichen Ausarbeitungen. Gleichwohl wurde hier – dezidiert von rechts – das Ende des Privateigentums an Produktionsmitteln im Sinne einer »Lehensträgerschaft« sowie die Erarbeitung einer Mischform aus Plan- und Marktwirtschaft gefordert. Nach 1945 verpaßte Otto Strasser eine inhaltliche Weiterentwicklung seiner durch Freund und Feind offengelegten Schwachstellen; überdies war das Zeitalter des sogenannten Wirtschaftswunders ohnehin kein Zeitalter für Kapitalismuskritik – geschweige denn von rechts.

Die westdeutsche Nachkriegsrechte – eine ostdeutsche war durch die SED-Diktatur unmöglich – wählte die Rolle rückwärts und kehrte in den Schoß der bürgerlichen Vorstellungswelt zurück. Der »bourgeoise Antikommunismus«, von Niekisch, Jünger und Co. noch verspottet, wurde – aufgrund der zahllosen Massenmorde durch die Sowjetmacht, aufgrund des eliminatorischen Antifaschismus, den die Rote Armee vom Baltikum bis Ostdeutschland praktiziert hatte – gewissermaßen Leitbild der Nach-



kriegsrechten, die, von marginalisierten Ausnahmen abgesehen, im Kalten Krieg früher oder später zur Affirmation der ideologischen, militärischen und ökonomischen Westbindung überliefen. Soziale, allgemein eher als »links« wahrgenommene Theoreme erschienen durch die Wucht des erlebten roten Terrors desavouiert. Die kapitalismuskritische Rechte fristete in den 1950er und 1960er Jahren auch deshalb ein Schattendasein. Erst Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre formierten sich um die jungen Publizisten Wolfgang Strauss, Henning Eichberg und Lothar Penz explizit »Neue« Rechte, die die soziale und nationale Frage auf der Höhe ihrer Zeit bearbeiten wollten und dabei, stark unter

dem Eindruck der Studentenbewegung und der Neuen Linken stehend, einen Theorie- und Wissenschaftshunger bewiesen, wie er im konservativen Milieu der Bundesrepublik bis dato unbekannt gewesen ist. In Zeitschriften wie *Junges Forum*, *Rebell*, *Neue Zeit* oder *Junge Kritik* wurden ökologische, demokratisch-sozialistische und befreiungsnationalistische Sujets diskutiert, ja eine soziale Neuordnung Westeuropas gefordert, die Leistung und nicht Kapitalbesitz oder, allgemeiner, soziale Herkunft in den Fokus stellte.

Diese Neue Rechte – man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen – umfaßte selbst in ihrer Hochzeit Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre im Kern lediglich 40 bis 50 Kader, deren Neigung zur Ausdifferenzierung der eigenen Positionen zu Friktionen und Brüchen führte. Denn die auf die erste Generation folgenden Nationalrevolutionäre der späten 1970er und 1980er Jahre verzettelten sich in einer aus heutiger Sicht bizarr anmutenden K-Gruppen-Spaltungsmentalität. Maoistische, »volkssozialistische«, europäisch-sozialistische oder auch konservativ-ökologische Theoreme wurden mit nationalen Ideen zusammengeführt. Der Zeitgeist stand jedoch auf Seiten der antiautoritären Linken, und dort stand auch die Jugend, während auf der Rechten habituell gänzlich anders auftretende bürgerliche Konservative reüssierten, die sich zunehmend angloamerikanisch und prokapitalistisch äußerten; Caspar v. Schrenck-Notzing, Grandseigneur des bemerkenswerten konservativen Debattenblatts *Criticón*, war beispielsweise Mitglied in der libertären US-amerikanischen Philadelphia Society, deren Ideen um den marktradikalen Instituts-Mitbegründer Milton Friedman schlichtweg für (fast) alles standen, was die kapitalismuskritische Neue Rechte dieser Zeit ablehnte. Schrenck-Notzing teilte dementsprechend in einer Rezension zu Peter Glotz' Streitschrift *Die deutsche Rechte* (1989) mit, daß die »Neue Rechte« ausschließlich aus nationalrevolutionären Gruppen der 1970er Jahre bestanden habe, daß sie ferner als Bezeichnung für die französische Nouvelle Droite zutreffe, nicht aber für die konservative Intelligenz der Bundesrepublik, die zwar eine *neue* Rechte, aber keine *Neue* Rechte sei.

Ebenjene kapitalismuskritische Neue Rechte löste sich, wie Schrenck-Notzing richtig bemerkte, noch einige Jahre vor dem Ende der 1980er – ausgerechnet im Siegesjahrzehnt des Neoliberalismus um Reagan und Thatcher – allmählich auf, ihre Führungsköpfe zogen sich ins Privatleben zurück, versuchten an Rechtsparteien anzudocken oder liefen gar zur (dänischen) Linken über, so der 2017 verstorbene Henning Eichberg.

Bevor – und zeitweise auch während – Eichberg seiner universitären und parteipolitischen Karriere in Dänemark nachging, arbeitete er im Rahmen des Zeitschriftenprojekts *wir selbst!* (1979 bis 2002) von Siegfried Bublies. Man vertrat wiederum basisdemokratische, ökologische, antikapitalistische und identitär-ethnopluralistische Standpunkte. Zentral war für die Redaktion im Rahmen ihrer »Fünffachen Revolution« die Erhaltung der Vielfalt der Völker. »Nur die Gemeinsamkeit selbstbewußter Völker, die auf ihre Freiheit pochen, kann der Planierung der Erde durch das supranationale Kapital entgegenwirken«, faßte der zeitweilige *wir-selbst!*-Mitarbeiter Friedrich Baunack in »Revolution I« zusammen. Weitere Aspekte betrafen Volksherrschaft (anstelle der Parteiherrschaft), »Humanwirtschaft« als Gegenteil des neoliberalen Privatisierungswahns, der »nichts anderes ist als illegitimes Verhökern von Volkseigentum« (Baunack), ganzheitliche Ökologie und schließlich die Stärkung regionalistischer Ansätze. Das Programm war klug; es fehlte jedoch die quantitative Basis und die im Alltag Auswirkungen zeitigende Krisensituation der kapitalistischen Ordnung des Westens, wie wir sie heute vorfinden. Das Projekt wurde 2002 ebenso eingestellt wie das kurzlebige Nachfolgeorgan *volkslust* aus dem Jahr 2004, das kapitalismuskritische Ansätze von rechts und links vereinen wollte, vor allem links jedoch keine Partner fand.

Die Spannweite kapitalismuskritischer rechter Ideen, die vom Tatkreis über Niekisch bis zu Eichbergs Neuer Rechten reicht, wird heute stärker in Frankreich rezipiert. *Rébellion* ist der Name einer zweimonatlich publizierten Zeitschrift, die rechte Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert fortführen möchte. Neben Bezugnahmen auf die genannte rechte Ahnengalerie sowie auf Marx, Sorel, Proudhon oder Polanyi finden sich immer wieder Artikel von oder Gespräche mit Alain de Benoist, dem

»Wir wollen die Befreiung des Menschen aus den Fesseln des Konsumterrors hier und der Staatsbürokratie dort, eine neue Ordnung leistungsorientierter Gerechtigkeit [...].«

»Die hierarchischen Strukturen müssen durchlässig sein. In der Praxis wird man dies erreichen durch entschiedenes Bekämpfen des Kastengeistes und der Vetternwirtschaft, durch die Herstellung voller Chancengleichheit [...], letztlich durch die Anerkennung der Leistung als alleiniges Kriterium für den Aufstieg in die Hierarchie.«

»Das ganze System würde auf einen genossenschaftlich organisierten Sozialismus ohne marxistisches Dogma hinauslaufen. Es ist ein System sozialistischer Marktwirtschaft, in dem die Betriebe in gewisser Konkurrenz stehen und sich den Bedürfnissen am Markt anpassen müssen. Ein System also, in dem Privateigentum an Produktionsmitteln überflüssig geworden ist.«

Aus den Zeitschriften *Rebell*, *Neue Zeit* und *Junge Kritik*, zit.n. Günter Bartsch: *Revolution von rechts?*, S. 55f. und 70.

»Sämtliche kulturelle Begleiterscheinungen des modernen Kapitalismus, die Marx auflistet, sind Steckenpferde der heutigen Linken.«

Guillaume Paoli: *Die lange Nacht der Metamorphose*, S. 44.

»Entweder kommen endlich die ›linken Leute von rechts«, oder es kommen überhaupt keine Leute von rechts.«

Thor v. Waldstein: *Die entfesselte Freiheit*, S. 187.

Literaturhinweise:

Günter Bartsch: *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*, Freiburg 1975;

Alain de Benoist: *Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes*, Berlin 2012;

Norbert Borrmann: *Warum rechts? Vom Wagnis, rechts zu sein*, Kiel 2011;

Benedikt Kaiser: *Querfront*, Schnellroda 2017;

Benedikt Kaiser: »Alain de Benoist im Gespräch über sein Lebenswerk«, Teil 1 und 2, in: sezession.de vom 3. und 5. Dezember 2014;

Philip Mirowski: *Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*, Berlin 2015;

Ernst Niekisch: *Widerstand. Mit Zeichnungen von A. Paul Weber*, Krefeld 1982;

Guillaume Paoli: *Die lange Nacht der Metamorphose. Über die Gentrifizierung der Kultur*, Berlin 2017;

Axel Schildt: »Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik«, in: Richard Saage (Hrsg.): *Solidargemeinschaft und Klassenkampf*, Frankfurt a.M. 1986, S. 346–364;

Caspar von Schrenck-Notzing: »Rechtsstreitigkeiten«, in: *Criticón* 116 (Nov.–Dez. 1989), S. 286;

Hartwig Singer (d.i. Henning Eichberg): *Sozialismus von ›rechts‹. Ein historischer Abriss (= Junges Forum 2/1970)*;

Thor v. Waldstein: *Die entfesselte Freiheit. Aufsätze wider die liberalistische Lagevergessenheit*, Schnellroda 2017.

Vordenker der Neuen Rechten Frankreichs, der die KR nach Frankreich »importierte« und dort konsequent mit den Erkenntnissen der zeitgenössischen Wissenschaften weiterdachte, was zu einer neuen Theoriebildung führte, die nun gewissermaßen nach Deutschland »reimportiert« wird.

Benoist kritisiert zwar an Niekisch- oder am Tatkreis-Milieu, daß sie in »längst obsolet gewordenen historischen Umständen« wirkten, übernimmt aber seit Jahrzehnten verschiedene Impulse aus dem Erbe der rechten Antikapitalisten Weimars, zumal die grundsätzliche Analyse der Mechanismen und Gesetze des Kapitalismus – auch unter den stark veränderten technischen Rahmenbedingungen von heute – allgemeingültig bleibt. Dabei besteht für Benoist, wie für das Gros rechter Antikapitalisten, kein Zweifel, daß der Liberalismus der »Hauptfeind« sei. Der Philosoph betont, daß er so bereits zu Zeiten des Sowjetkommunismus (»der letztlich nur ein Staatskapitalismus war«) dachte. Und: Er denkt in dieser Weise noch heute, wo die liberale Ideologie in einem globalen Maßstab längst hegemonial wurde. Alle drei Pfeiler dieser universalistischen Ideologie – Kapitalismus, »Religion der Menschenrechte« und Marktgesellschaft – finden harsche Kritik. Aber Benoist weiß, daß solche Denkbewegungen im eigenen Lager oftmals schweren Stand haben: Denn historisch betrachtet habe sich der wirtschaftliche Liberalismus (Kapitalismus) stärker »rechts« manifestiert, während der gesellschaftspolitische Liberalismus sich eher »links« verortete. Heute wiederum erleben wir die Fusion beider Liberalismen im Zeichen des herrschenden Linkliberalismus, wie es Norbert Borrmann erfaßte, als er konstatierte, daß wesentliche Teile der Linken kein Interesse mehr an einer »Expropriation der Expropriateure« hegen, sondern ihren Frieden mit dem Kapital geschlossen haben. Ausgehend von der Totalemanzipation der 68er habe man sich, so Borrmann zutreffend, von grundlegenden Interventionen verabschiedet, ja auf die kulturelle Sphäre beschränkt, wo man tonangebend wurde. Das bedeute, »daß der postulierte Gegensatz zwischen Kapitalismus und linker Ideologie« heute nur noch Propaganda gleicht; die Linke stelle »nicht den Totengräber des Kapitalismus« dar, sondern war »der Bahnbrecher eines reinen Wirtschaftsdenkens, sprich: des totalen Kapitalismus«. Für die damit erreichte Synthese aus linkem Überbau (Politik, Gesellschaft, Medien) und kapitalistischer Basis kreierte der rechte Denker den Neologismus »Linkskapitalismus«, womit er veranschaulichte, »daß sich mit Kapital und Linksideologie zwei Teile gefunden haben, die überaus kompatibel sind«.

Gerade diese *mésalliance* ist dafür verantwortlich, daß für rechte Kapitalismuskritik heute und in Zukunft – skizziert wurde in vorliegendem Beitrag nur eine kurze Geschichte – die Stunde schlägt: Der unappetitlichen Querfront aus Kapital und Antifaschismus ist eine ideelle Synthese kapitalismuskritischer Ansätze auf der Höhe der Zeit entgegenzustellen, und zwar bei einem nicht hintergehbaren Bezug auf das grundlegende rechte Menschenbild, das, ob mit Adolph Wagner oder Arnold Gehlen gedacht, ein skeptisches bleibt, auch wenn linke Analysen, etwa im Bereich der Sozialwissenschaften, freilich selektiv einbezogen werden müssen.

Bei Bezugnahmen auf originäre rechte Traditionslinien der Kapitalismuskritik (deren Ausarbeitung ebenfalls *eo ipso* in der Auseinandersetzung mit Inhalten politischer Gegner verlief), die zu oft vergessen oder verdrängt werden, handelt es sich nicht um Nostalgie, nicht um eine Flucht in die Konservative Revolution der Zwischenkriegszeit oder um ein Recycling alter Ideen. Das Ziel ist vielmehr theoretisches »Upcycling«, »bei dem es nicht darum geht, alte Ideen kaputt zu schlagen, sondern ihnen in Kombination mit anderen Teilen einen höheren Wert zu geben« (Guillaume Paoli). Für dieses ambitionierte Vorhaben, das in der anhaltenden Krise des Politischen unverzichtbar ist, wird es zwingend notwendig sein, Gesellschaftsanalyse, Ökonomiekritik und politische Theoriearbeit – wieder – stärker von rechts in Angriff zu nehmen. Erst wenn eine neue Generation diese Kärnerarbeit leistet und in praktische Ergebnisse umsetzt, kann, je nach Belieben, auf die derzeit notwendige Exegese zeitgenössischer kapitalismuskritischer Denker von links verzichtet werden. Bis dahin wird rechte Kapitalismuskritik auch die eigene Geschichte produktiv erforschen müssen. Und Geschichte ist, wie Dominique Venner betonte, definitionsgemäß offen. ■